



Vorstand

Funktionsbereich
Sozialpolitik



Für einen Neuen Generationenvertrag

Thesen der IG Metall für den Neuaufbau einer
solidarischen und verlässlichen Alterssicherung

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Vorstand der IG Metall hat eine Initiative »Für einen neuen Generationenvertrag« und ein »5-Punkte-Programm« beschlossen. Drei Gründe haben uns dazu veranlasst:

Erstens: Die Probleme im Bereich der Alterssicherung sind enorm. Die »Rentenreformen« der letzten Jahre werden das Versorgungsniveau drastisch senken. Die Mehrzahl der Betroffenen kann die entstehende Sicherungslücke weder über Privatvorsorge noch über Betriebsrenten schließen.

Zweitens macht uns die gegenwärtige rentenpolitische Debatte große Sorgen. Seit Jahren erleben wir, wie das Thema Rente dazu herhalten muss, die Generationen in Frontstellung zueinander zu bringen. Wir halten dies für unverantwortlich und wollen gegensteuern. Wir verstehen unsere Initiative als ein Projekt der Generationensolidarität.

Drittens wollen wir mit unserer Initiative neue Akzente setzen: Nicht allein die Verteidigung der bereits stark beschädigten sozialen Rentenversicherung, sondern ein umfassender Neuaufbau einer solidarischen, verlässlichen Alterssicherung ist notwendig. Wir wollen den Sozialstaat erneuern!

Die IG Metall will mit ihrem 5-Punkte-Programm eine umfassende Debatte über die Zukunft der Alterssicherung anregen. Sie lädt Mitglieder und Funktionäre sowie Vertreter von Parteien, Sozialverbänden und Wissenschaft ein, sich hieran zu beteiligen. Gegen Ende des Jahres werden wir Bilanz ziehen, Einwände und ergänzende Vorschläge prüfen und unsere Konzeption konkretisieren; Anfang 2009 werden die Ergebnisse in einem »Rentenpolitischen Memorandum der IG Metall« zusammengefasst werden.



Auf dieser Grundlage wird sich die IG Metall aktiv an der gesellschaftlichen Diskussion im Vorfeld der Bundestagswahl beteiligen.

Hans-Jürgen Urban

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

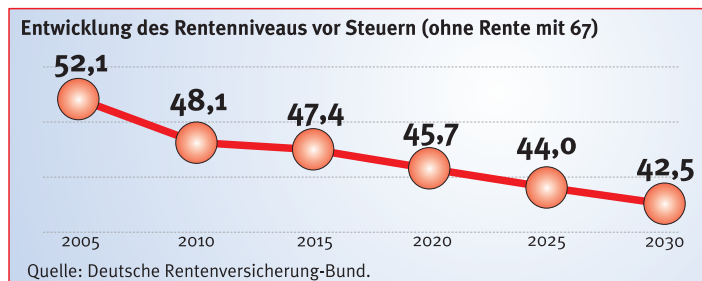
Alterssicherung in der Krise

Das System der Alterssicherung in Deutschland steht vor tief greifenden Problemen, die es in seiner heutigen Struktur nicht mehr bewältigen kann. Veränderte Erwerbsbiographien, Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt (anhaltende Arbeitslosigkeit, expandierender Niedriglohnsektor usw.) und die Verschiebungen im Altersaufbau der Gesellschaft sind große Herausforderungen.

Bislang reagierte die Politik vor allem mit Leistungskürzungen, (Teil-)Privatisierungen und einer Anhebung der Regelaltersgrenzen (z. B. Rente mit 67). Sie wirkte damit eher als Problemtreiberin statt als Problemlöserin:

- Die Renten-„Reformen“ der letzten Jahre senken das Versorgungsniveau im Alter drastisch, eine Lebensstandardsicherung im Alter rückt für viele in weite Ferne; die Gefahr der Altersarmut steigt, immer mehr Menschen werden Schwierigkeiten haben, eine Rente oberhalb der Grundsicherung („Sozialhilfe im Alter“) zu erreichen;
- die heutigen Systeme der betrieblichen Altersversorgung und der Privatvorsorge können die Versorgungslücke in vielen Fällen nicht schließen;
- die Belastung der Beschäftigten durch Rentenversicherungsbeiträge und private Vorsorgeleistungen wird weiter steigen und die Aufteilung der Tragelast zwischen Kapital und Arbeit wird immer ungerechter;

- ➔ ein flexibler Ausstieg aus dem Erwerbsleben wird wegen geringer Renten und steigender Altersgrenzen immer schwieriger.



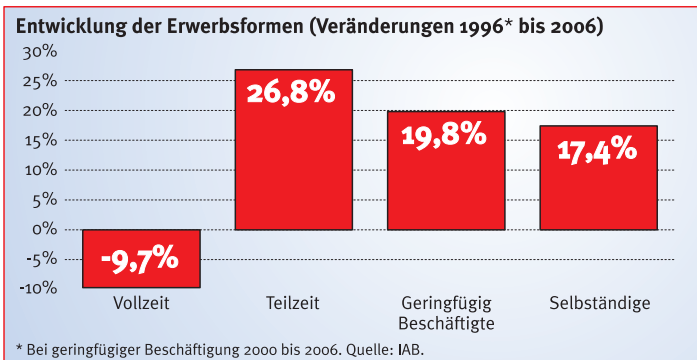
Unter diesen Bedingungen werden Versorgungsprobleme und Verteilungsungerechtigkeit das Ansehen der gesetzlichen Rentenversicherung – vor allem in den jüngeren Generationen – weiter untergraben! Die Rentenversicherung steht vor einer Existenz bedrohenden Akzeptanzkrise. Detailkorrekturen am bestehenden System reichen nicht mehr aus, es bedarf des Neuaufbaus einer solidarischen und verlässlichen Alterssicherung!

Das 5-Punkte-Programm der IG Metall

Die IG Metall startet daher eine politische Initiative »Für einen Neuen Generationenvertrag«. Als Meilensteine auf dem Weg zu einer erneuerten Alterssicherung schlägt sie ein »5-Punkte-Programm« vor:

1. »Alle rein ins Solidarsystem« – Für eine solidarische Erwerbstätigenversicherung

Die IG Metall fordert die Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung. Prinzipiell sollen alle Erwerbstätigen in den Finanzierungs- und Solidarverbund des gesetzlichen Systems einbezogen und Versicherungspflicht und -schutz auf alle ausgedehnt werden.

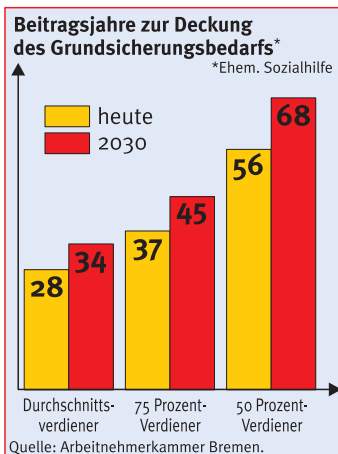


Deshalb fordert die IG Metall:

- ➔ die schrittweise Einbeziehung von Selbstständigen, Freiberuflern, Beamten, Parlamentariern und anderen Erwerbstätigen Gruppen in eine Erwerbstätigenversicherung;
- ➔ die Finanzierung über hälftige Beitragsleistungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern;
- ➔ die Bemessung der individuellen Renten am beitragspflichtigen Einkommen.

2. Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung – beides muss drin sein

Auch als solidarische Erwerbstätigenversicherung wird die gesetzliche Rentenversicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die wichtigste Säule der Alterssicherung bleiben. Daher muss die gesetzliche Rente wieder einen deutlich höheren Beitrag zur Lebensstandardsicherung für alle Beschäftigten leisten. Um der massenhaft drohenden Altersarmut entgegenzuwirken, muss sie zudem ein angemessenes Versorgungsniveau bei Erwerbsunfähigkeit, für Langzeitarbeitslose und für Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen sicherstellen. Zur Finanzierung stehen die erweiterten Beitragseinnahmen der Erwerbstätigenversicherung und die Bundeszuschüsse zur Verfügung. Diese wären um weitere Steuermittel zur Finanzierung der armutsvermeidenden Komponenten zu ergänzen.



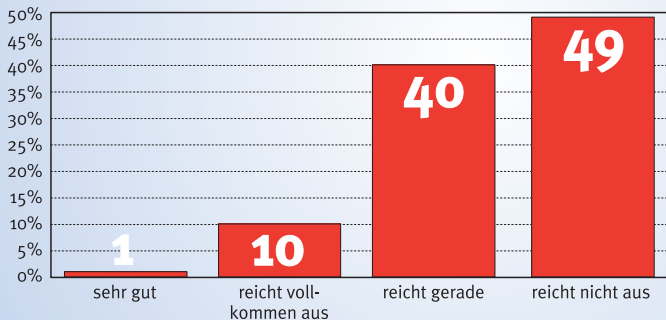
Deshalb fordert die IG Metall:

- ➔ die Wiederankopplung der Renten an die allgemeine Einkommensentwicklung;

- die Abschaffung der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente;
- höhere Beitragsleistungen für Langzeitarbeitslose;
- die Aufwertung niedriger Rentenversicherungsbeiträge aus Steuermitteln (Rente nach Mindesteinkommen);
- die Anhebung der Grundsicherung im Alter.

Viele Beschäftigte fürchten um ihre Rente

Auf die Frage: „Kommen Sie mit Ihrer zukünftigen Rente aus?“ antworten (in Prozent):



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2007.

3. Betriebsrenten für alle

Auch in Zukunft wird der betrieblichen Altersversorgung ein Teilauftrag bei der individuellen Sicherung des Lebensstandards zukommen. Um die Leistungen der Erwerbstätigenversicherung

zu ergänzen, soll die betriebliche Altersversorgung zu einem alle Beschäftigten erfassenden System ausgebaut werden.

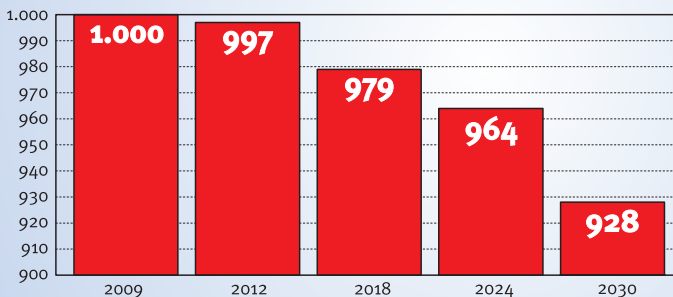
Deshalb fordert die IG Metall:

- eine Pflicht der Arbeitgeber, Beschäftigten eine betriebliche Altersversorgung anzubieten („Arbeitgeber-Obligatorium“);
- eine Arbeitgeber-Beteiligung an einer Privatvorsorge der Beschäftigten in den Fällen, in denen dem Unternehmen die Einrichtung eines betrieblichen Systems nicht möglich oder nicht zumutbar ist.

4. Flexible Altersübergänge ermöglichen und auf „Rente mit 67“ verzichten

Die Streichung von Rentenarten und die Anhebung der Altersgrenzen machen deutlich, dass die Politik in der „Rente mit 67“ den anzustrebenden Regelfall sieht. Eine solche „Einheitsrente mit 67“ entspricht jedoch weder den betrieblichen Realitäten, noch den Bedürfnissen der Menschen. Zwar ist ein vorzeitiger Austritt für langjährig Versicherte nicht ausgeschlossen, er wird aber durch die Senkung des Rentenniveaus und die Abschläge massiv erschwert. Die IG Metall setzt dem die Philosophie sozial flankierter, unterschiedlicher Ausstiegs-Optionen bis zum und vor dem vollendeten 65. Lebensjahr entgegen.

Entwicklung der Bruttorentenhöhe durch Abschläge wegen Rente mit 67 bis zum Jahr 2030 in Euro



Nach heutigen Werten, eigene Berechnungen, Annahmen: Renteneintrittsalter 65, weniger als 45 Versicherungsjahre, Gesetzesänderungen zur Rente mit 67 werden – wie beschlossen – eingeführt, Bruttorente beträgt ohne Abschläge 1.000 Euro.

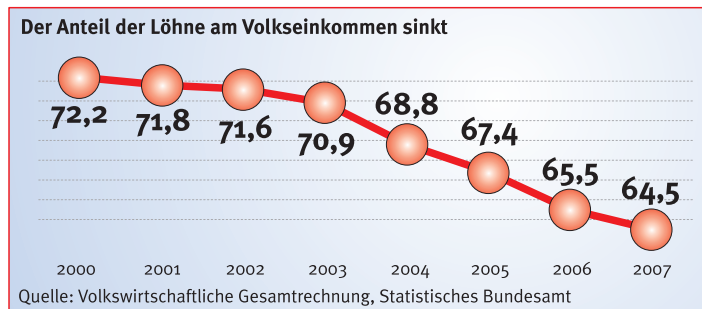
Deshalb fordert die IG Metall:

- die Fortführung der öffentlichen Förderung der Altersteilzeit;
- den erleichterten Zugang zur Erwerbsminderungsrente;
- den Verzicht auf die „Rente mit 67“.

5. Guter Lohn für gute Rente

Die Arbeitsmarkt- und die Einkommensentwicklung haben entscheidenden Einfluss auf das Niveau und die Funktionsfähigkeit der Alterssicherung. Armuts-Biographien im Erwerbsleben werden auch in einer Erwerbstätigenversicherung zu Sicherungsproblemen führen können. Sozialversicherte Beschäftigungs-

verhältnisse und faire Einkommen bleiben unverzichtbare Elemente einer Politik der Armutsvermeidung im Alter.



Deshalb fordert die IG Metall:

- Sozialversicherungspflicht – prinzipiell – aller Beschäftigungsverhältnisse;
- die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen;
- eine verteilungspolitische Wende in der Aufteilung des Volkseinkommens im Sinne von mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Rentenpolitischer Dialog

Die IG Metall greift Zukunftsprobleme im Feld der Alterssicherung auf und will einen Beitrag zur Fortentwicklung des Rentensystems in Deutschland leisten. Sie engagiert sich für eine nachhaltige und tragfähige Lösung auf Basis eines breiten ge-

sellschaftlichen Dialogs im Sinne eines „gesellschaftlichen Kooperationsprojekts“.

Deshalb ergreift die IG Metall die Initiative, um mit anderen gesellschaftlichen Akteuren eine Debatte zu führen, die darauf zielt:

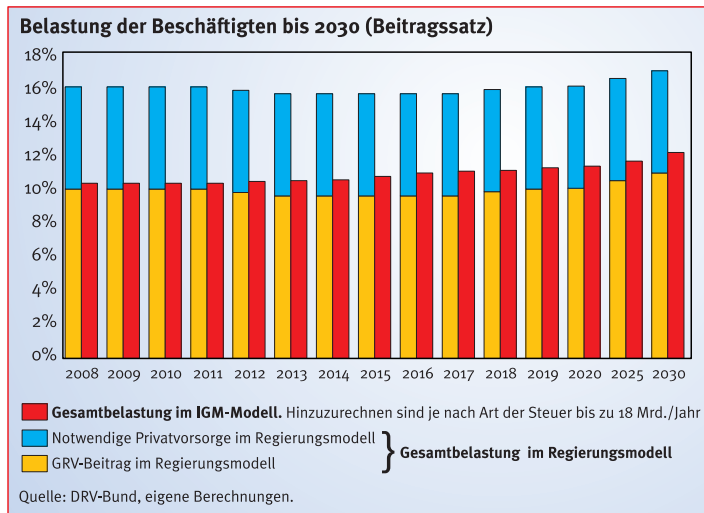
- den Ausgleich zwischen den Generationen zu befördern, statt Jung gegen Alt auszuspielen;
- die Bedürfnisse großer Bevölkerungsteile aufzugreifen, anstatt die Anlageinteressen der globalen Finanzmarktakteure zu bedienen;
- einen gesellschaftlichen Konsens für eine erneuerte solidarische und verlässliche Alterssicherung herzustellen.

Die Alternativen der IG Metall sind finanzierbar

»Wohltaten für kommende Rentnergenerationen lassen die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung ins Unermessliche steigen und sind daher nicht sinnvoll«, heißt es in der politischen Debatte immer wieder.

Richtig ist: Die IG Metall macht auch Vorschläge zur Entlastung der Rentenkasse

Die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung entlastet auf längere Sicht um etwa einen Beitragssatzpunkt.



Wenn zusätzliche Steuermittel, zum Beispiel für die Renten für Niedriglöhner, aufgewendet würden, wäre eine Entlastung um nochmals knapp zwei Beitragssatzpunkte möglich.

Insgesamt steigt der Beitragssatz dann im Modell der IG Metall bis zum Jahr 2030 auf etwa 24 Beitragssatzpunkte.

Dies sind zwei mehr als nach den Vorstellungen der Bundesregierung. Diese Steigerung ist vertretbar, weil hierdurch auch künftige Generationen eine ordentliche Rente erhalten.

Oftmals wird angeführt, dass höhere Beitragssätze die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen untergraben würden.

Richtig ist: Eine moderate Anhebung der Beitragssätze berührt die Wettbewerbsfähigkeit kaum

Der Anteil der Lohnkosten ist, gemessen an den Gesamtaufwendungen, schon heute sehr gering. Läge der Beitragssatz in 2030 bei 24 statt bei 22 Prozent, stiegen die Lohnkosten für die Unternehmen der Metallverarbeitung um nur 0,2 Prozentpunkte.

Entgeltanteil am Umsatz in Prozent (gerundet)

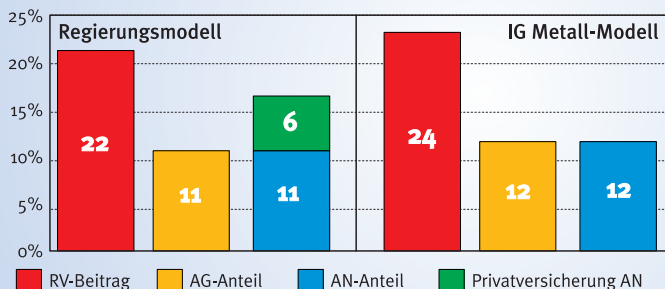
Bei RV-Beitrag	19,5 %	22 %	24 %
Metallverarbeitung	15,7	15,9	16,1
Maschinenbau	20,2	20,5	20,8
Büro/ADV/Elektro/FON	18,0	18,2	18,4
Fahrzeugbau	12,3	12,5	12,7
Textil/Bekleidung	15,8	16	16,2
Holzgewerbe	12,6	12,8	12,9
Gummi/Kunststoff	17,5	17,7	17,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten im Jahr 2007 (Hochrechnung) sowie eigene Berechnungen

»Höhere Beitragssätze belasten nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Beschäftigten haben netto weniger in der Tasche«, wird gegen das IG Metall-Konzept eingewandt.

Richtig ist: Das IG Metall-Modell entlastet Beschäftigte und bezieht Arbeitgeber stärker in die Finanzierung ein

Verteilung der Beitragslast in unterschiedlichen Modellen



Die exakte Höhe der erforderlichen privaten Aufwendungen im Regierungsmodell hängt von der Verzinsung auf den Kapitalmärkten ab. Bei kapitalgedeckten Systemen müssen die Beiträge aber sofort erhoben werden, während eine Beitragsanhebung im Rahmen der umlagefinanzierten Rente nur schrittweise erforderlich würde.

Eine ehrliche Bilanz muss die Gesamtaufwendungen einbeziehen, die die Beschäftigten für die Altersvorsorge machen müssen. Das heißt im Konzept der Bundesregierung: zusätzliche Privatvorsorge und zwar zusätzlich sechs Prozent ihres Einkommens! Anders der IG Metall-Vorschlag. Dort werden die Arbeitgeber stärker in die Verantwortung genommen. Die Beschäftigten werden entlastet, weil sie nicht gezwungen sind, zusätzlich privat vorzusorgen.



Beitrittserklärung

Änderungsmitteilung

Mitgliedsnummer

Verwaltungsstelle

Name

Vorname

Geburtsdatum

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Telefon

E-Mail

Betrieb: Name und Ort

- männlich weiblich vollzeitbeschäftigt teilzeitbeschäftigt
 Auszubildende/r bis: _____ Student/in
 gewerbl. Arbeitnehmer/in Angestellte/r kaufm. techn. Meister

Nationalität

Änderung des bisherigen Status

Mitgliedsbeitrag (1 % des monatl. Bruttoverdienstes)

ab Monat

geworben durch (Name und Betrieb)

Einzugsermächtigung/Bankverbindung

Kto.Nr.

Bankleitzahl

Name des Kreditinstituts

in PLZ

Ort

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern verarbeitet. Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1 % des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Ort/Datum/Unterschrift